

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (rei Haus 2 RM, Halbmonat 1 RM, durch die Post bezogen monatlich 2 RM, (ohne Zustellungsgebühr) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpostf. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18600, Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-2, Osterbahnpostf. 2 / Fernspre. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Hauptzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restzeile anschließend an den dreißigsten Teil einer Textzeile 1,50 RM. Anzeigen-Zunahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Osterbahnpostf. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 8. Februar 1928 Nummer 33

Die Generalausperrung aller Metallarbeiter geplant!

Die Metallindustriellen beschließen „Solidaritäts“-Ausperrung — Gefährliche Inaktivität der Verbandsführer!

Berlin, 8. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Der erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller hat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen:

1. die mitteldeutsche Gruppe mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen;
2. zu diesem Zwecke die vorhandenen Fonds durch eine das ganze Reich umfassende Geldumlage zu verstärken;
3. zur Unterstützung der mitteldeutschen Gruppe zur gegebenen Zeit zu der Gesamtausperrung aller Metallarbeiter in den dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller angeschlossenen Betrieben zu schreiten;
4. eine Kommission von 12 Industriellen aus allen Teilen des Reiches einzusetzen, die mit der Durchführung der beschlossenen Maßnahmen beauftragt und mit allen Vollmachten ausgestattet ist.

Heute finden im Reichsarbeitsministerium erneut Verhandlungen über den mitteldeutschen Metallarbeiterkonflikt statt. Es wäre falsch, den provozierenden Beschluß der Industriellen nur als ein Druckmittel für die Schlichtungsverhandlungen, als einen Schreckschuß gegen die Metallarbeiter zu betrachten. Die mit allen Vollmachten ausgestattete Zwischerkommission wurde eingesetzt, um den fertigen Beschluß in die Tat umzusetzen. Jedem Arbeiter ist jetzt klar, daß der mitteldeutsche Metallarbeiterkampf eine riesige Bedeutung für das ganze Reich hat, und nur ein Vorspiel für den kommenden Kampf, besonders für den Bergarbeiterkampf ist.

Angesichts des planmäßigen Vorgehens der Unternehmer steht die Frage: Wo sind die Beschlüsse aller Bezirksleitungen, des Hauptvorstandes des DMV und des ADGB, vom ganzen Reich aus die mitteldeutschen Metallarbeiter finanziell zu unterstützen, ebenso wie es die Unternehmer machen, auf die tausenden Hungertarife und Schiedsprüche zu pfeifen, auf die Generalausperrung mit der Erweiterung des Kampfes auf die ganze deutsche Metallindustrie und die Verbreiterung des Kampfes um zwischen tarifliche Lohnserhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit in allen anderen wichtigsten Industriegruppen zu antworten?

Statt den Kampf gegen die Unternehmer zu organisieren, hehen die Reformisten schamlos gegen die Kommunisten. Statt die hungernden Metallarbeiter zu unterstützen, beschließt der DMV-Vorstand, daß unorganisierte Kollegen keine Unterstützung erhalten sollen, daß die DMV-Mitglieder, die nicht 13 Wochen organisiert sind, erst von der 5. Woche an Unterstützung erhalten. Statt den Verband zu stärken, drohen die Reformisten mit Nationalauschüssen kassendebütier Verbandsmitglieder, sehen sie die Hege gegen das selbstlose Hilfswerk der Internationalen Arbeiterhilfe und gegen kommunale Unterstützungen fort.

Trotz der brutalen Kampfbeschlüsse der Industriellen wagt es der Vorwärts, den Metallarbeitern vorzuschlagen, daß die Unternehmer „am Ende ihres Lateins“ seien, jammert er, daß die Unternehmer durch den obigen Beschluß „krupplos die deutsche Metallindustrie schädigen“, bettelt er um „Entgegenkommen“ bei den Schlichtungsverhandlungen und um das „Zugeständnis einer annehmbaren (!) Lohnaufbesserung“ und hat seit Tagen die Forderung der mitteldeutschen Metallarbeiter auf 15 Pfennig Lohnserhöhung pro Stunde schon fallen gelassen.

Die reformistischen Niederlagestrategen wollen also jedem ernsthaften Kampf ausweichen und wie beim Kampf der mitteldeutschen Eisenbahner und Bergarbeiter, der deutschen Tabakarbeiter und Metallarbeiter der nordwestlichen Gruppe auch die mitteldeutschen Metallarbeiter wieder in eine Niederlage hineinführen. Sie wollen zwangsläufig die Aufrollung der politischen Machfrage verhindern, um die preußischen Ministerlesel und den Weg in die Reichsstaatsregierung für die SPD zu sichern. Die mitteldeutschen Metallarbeiter aber haben das größte Interesse daran, den Lohnkampf mit dem Kampf der Hüttenarbeiter gegen den selbst von einem bürgerlichen Arbeitsgericht für ungültig erklärten Schiedspruch und für den reinen Arbeitstagen zu verbinden. Das Lebensinteresse der ganzen deutschen Arbeiterklasse erfordert nicht nur den Kampf um zwischen tarifliche Lohnserhöhung, gegen die Sonntagsarbeit und für die 48-Stunden-Woche, sondern zugleich den rücksichtslosesten politischen Kampf gegen alle Schiedsprüche der Bürgerlosregierung und des Bürgerblodregierstags.

Es kann und darf für das mitteldeutsche u. deutsche Proletariat kein Zurückweichen geben. Die Hüttenarbeiter in Deutschland müssen die Ungültigkeit des Schiedspruches dadurch erreichen, daß sie jegliche Sonntagsarbeit verweigern, nach 8 Stunden den Betrieb verlassen und die reformistischen Pläne auf Herstellung des „Wirtschaftsriedens“ junichte machen. Für die mitteldeutschen Metallarbeiter aber heißt es angesichts der freien Unternehmervorsätze:

Verbreiterung und Steigerung des Kampfes!

Gegen die reformistischen Schiedspruchversuche mit Hilfe des Schlichtungszwanges — Festhalten an der Forderung nach 15 Pfennig Lohnserhöhung und einmonatiger Rindigungsfrist des Tarifvertrages!
Schärfer Kampf gegen die Unternehmer und die Bürgerblodregierung!

Arbeiter fordern Kampferweiterung!

Wittenberg, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Eine Mitgliederversammlung der Kupferschmiede hat nach gründlicher und sachlicher Aussprache über den mitteldeutschen Metallarbeiterstreik, an der sich sämtliche Redner für die Regelleitung der Durchführung des Kampfes einsetzten, folgende Resolutionen beschlossen:

„Die im Gewerkschaftshaus Wittenberg stattfindende Mitgliederversammlung der Kupferschmiede Wittenbergs spricht ihren kämpfenden Brüdern ihre vollste Sympathie aus und gelobt, den Kampf mit allen Mitteln zum Siege zu verfolgen. Gehehere Kampferweiterung muß das Gebot der Stunde sein. Dann und nur dann ist der Sieg sicher.“

Bauernfang — Hilfe für die Großagrarien

Die fälschlichen Schildknappen Gmies

Von Rudolf Renner, M. d. L.

Seit einiger Zeit, im besonderen seit in Dresden und Berlin die „Grünen Wochen“ abgerollt, kommt die Bauernfrage in den bürgerlichen Zeitungen aller Schattierungen nicht mehr zur Ruhe. Die Seiten der Zeitungen fliehen über von Schilderungen der Notlage der Bauern. Es geht dabei um zwei Fragen. Die Großagrarien wollen weitere und neue Millionenbeihilfen vom Reich, sie wollen Erhöhung der Zölle, Sperre gegen die Einfuhr ausländischer Lebensmittel und Erhöhung der Agrarpreise. Dann als zweites gilt die Aufmachung dem Kleinbauernfang. Die kleinen Bauern sollen weiter an den Landbau, an die Deutschnationalen gefesselt werden. Im Grunde genommen ist der ganze Aufzug, der sich so sehr Kleinbauernfreundlich gebärdet, gegen die kleinen Bauern gerichtet. Die Geldverknappung, der hohe Zinsendienst, drückende Steuerlasten und starke Verschuldung machen die Lage der Kleinbauern immer unentzerrlicher. In eine Besserung dieser Lage ist unter den gegenwärtigen, den kapitalistischen Verhältnissen nicht zu denken. Seit Jahren schleppen die Großagrarien die Kleinbauern von einer „Grünen Woche“ zur anderen. Versprechungen, die nie erfüllt werden, Verträge auf Besserung und Appell an das nationale Gefühl, das ist, was die großagrariischen Arrangeure dieses jährlich wiederkehrenden Kummels den Kleinbauern zu geben vermögen. Man erinnert mächtig an die Vergangenheit, läßt August und die Pringen hochleben. Politische Vorschläge, wirkliche Hilfe für die Kleinbauern vermag man auf diesen „Grünen Wochen“ nicht zu geben. Die Kunst aber, die Kleinbauern mit Versprechungen zu trösten, wird immer schwieriger. Schon zu der jetzt vergangenen „Grünen Woche“ war es den Großagrariern schwer, den Kleinbauern neue Versprechungen vorzugaukeln. Die Propaganda des Bundes der Schaffenden Landwirte durchkreuzt die heuchlerischen Mandate des Landbundes und zeigt den Bauern konkret, wie die Dinge stehen. So sieht denn der Vorsitzende des Landbundes, Gutsdankfögel, von Anfang seiner Begrüßungsrede den Seufzer aus, daß man sich fragen müsse, ob es sich überhaupt noch lohne, „Grüne Wochen“ auszugeben. Die Großagrarien wollen ihre Betriebe retten, sie wollen eine Rationalisierung, eine Intensivierung der landwirtschaftlichen Betriebe. Eine solche Maßnahme kann aber nur durchgeführt werden gegen den Willen und die Interessen der kleinen Bauern. Sie muß den kleinen Landbesitz vernichten. Ein offenes Vorgehen der mit den Großindustriellen versippten Großgrundbesitzer würde den gewaltigen Widerstand, ja die Erhebung der Kleinbauern zur Folge haben. Deswegen gehen die Arrangeure sehr vorsichtig zu Werke. Sie bemühen sich vor allen Dingen, bei den kleinen und mittleren Bauern jeden Gedanken daran, daß deren Interessen im Widerspruch mit den Interessen der Großgrundbesitzer stehen könnten, zu verhindern. Dafür betreibt man eine Hege gegen die Arbeiter, die den Kleinbauern von seiner eigenen Lage ablenken soll. Die wesentlichen, gerade die kleinen Bauern betreffenden Angelegenheiten werden nicht berührt. Vorsichtig spricht man von der Notwendigkeit, daß die Landwirtschaft sich dem Fortschritt der Technik, der Rationalisierung und der Veranschaulichung anpassen müsse, ohne daraus die Schlussfolgerungen den Bauern zu erklären. Man läßt die Bauern über ihr künftiges Geschick im Unklaren und Dunkeln tappen. Auf der Dresdner

Stillelegungsstreik gegen die Broleten

Eilenburg, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Glasfabrik von Zimmermann in Eilenburg plant die Stilllegung von 600 bis 700 Arbeitern. Sie hat bereits den Stilllegungsantrag gestellt. Als die bürgerliche Presse die beabsichtigte Stilllegung erfuhr, versuchte sie, diese Stilllegung und Brotlosmachung von etwa 700 Arbeitern als wenig bedeutungsvoll hinzustellen, mußte aber zugeben, daß die Kündigungen nicht zurückgenommen und die Arbeiter in 14 Tagen auf der Straße liegen werden.

Genossenschaftshilfe für die Streiker

Halle, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Unterstützungskomitee für die streikenden Metallarbeiter wird immer stärker. Der Bezirksrat der Konsumgenossenschaft Halle hat in seiner letzten Sitzung auf Beschluß der Delegierten beschlossen, zu der bereits abgeführten letzten Rate von zweimal 250 Mark weitere 1000 Mark zu bewilligen, die durch die Belegschaft aufgebracht werden.

Die kommunistische Genossenschaftsfraktion hat gleichfalls beschlossen, aus ihrer Fraktionskasse sofort 1000 Mark an die JAG zur Unterstützung der Metallarbeiter abzugeben.

Der Bezirksrat und der Vorstand der Konsumgenossenschaft beschloß, die bisher erfolgte Vellegerung der Streikenden mit einem Brot wöchentlich während des ganzen Streites fortzusetzen. Es kommen hierfür rund 1000 Streikende in Frage.

„Grünen Woche“ erklärte Dr. Stapel, daß der Anpassungsvorgang kein Aufkündigungsvorgang sein dürfe. Wo aber der Anpassungsvorgang zu einem Aufkündigungsvorgang wird, werden muß, verweigert Dr. Stapel vorsichtig. Etwas offener wird im Dresdner Anzeiger vom Dienstag schon Dr. Leibrod. Auch er bemüht sich vorsichtig, keine entscheidenden Konsequenzen zu ziehen. Als Schlussfolgerung eines langen Artikels, in dem er sich mit der Lage der Landwirtschaft und Vorkämpfer der Hebung derselben beschäftigt, erklärt Dr. Leibrod, daß durch ergäbe Kalkulation, weitere Zusammenlegung, Schließung von Interessengemeinschaften bessere Erfolge erzielt werden können. Nationalisierung ist also das große Problem.

Die Dresdner Nachrichten von heute bringen auch wieder einen langen Artikel über die Not der Landwirte. Den Untergang der deutschen Bauern verkünden sie, drückend sei der Tod der ganzen Nation. Man muß dieser ganzen Propaganda einige Aufmerksamkeit schenken, man muß aber gleichzeitig aufpassen, was ist. Der Ruf der Agrarier ist der Schrei nach Geld, nach Darlehen, nach Staatssubventionen. Wenn aber kamen die Reichs- und Staatssubventionen bisher gut? Nur über doch fast ausschließlich den Großagrariern. So soll das auch in Zukunft weitergehen. Im Prozeß der allgemeinen Nationalisierung muß die Agrarwirtschaft natürlich mit, oder sie geht zugrunde. Wenn dieser Schritt vollzogen wird, dann kann er vollzogen werden, wie in der Industrie, auf Kosten der kleinen Landwirte.

Die von Dr. Leibrod angekündigte notwendige Nationalisierung wird, falls sie durch die Großagrarien und unter deren Führung erfolgt, unter Benützung der Staats- resp. Reichssubsidien zur Rentabilisierung des Großgrundbesitzes erfolgen. Sie wird dabei zu einem Jag gegen die Kleinbauern, weil einmal der Großagrarien dann ein harter Konkurrenz der kleinen Bauern wird, andererseits aber die Notwendigkeit, mehr Land in eine Hand zu vereinen, den Bestand der Kleinbauern stark dezimieren wird.

Die deutsche Bourgeoisie und ebenfalls die Großagrarien sind sich vollständig darüber klar, daß die Ziele des neudeutschen Imperialismus auch eine Intensivierung und Rationalisierung der Landwirtschaft erfordern. Die Lebensmittelpreise dürfen nicht ins Ungemessene steigen, diese Steigerungen führen sonst zu schnell zu erschütternden Lohnkämpfen. Nicht nur daß die in Deutschland erstellten Agrarprodukte zur Ernährung nicht ausreichen, fördert die Einfuhr, sondern auch das Bestreben der Industriellen, eine so tolle und plötzliche Steigerung der Preise für Lebensmittel zu verhindern.

Aus diesen immerhin gegensätzlichen Interessen der Industriellen und Agrarier entsteht der Zustand des Widerspruchs in der Agrarwirtschaft. Auch bringt die miserabile Lebenslage der Arbeiter die erzwungene, immer härtere Einschränkung des Verbrauchs. Die Nationalisierung der Landwirtschaft soll über diesen Zustand hinweghelfen. Auch in Rußland führt man eine Nationalisierung durch. Dort ging schon der Anfang aller Maßnahmen auf Kosten der Großgrundbesitzer durch deren vollständige Enteignung. In Deutschland rüsten sich die Agrarier, den umgekehrten Weg zu gehen, der zur Vernichtung der arbeitenden Bauern führt.

Natürlich versteht sich dieses Bestreben noch hinter einer